

Siemens beteiligt ist, und beschäftigen keine Arbeitsmediziner. Nur Arbeitsmediziner können jedoch eine Berufskrankheit feststellen. Nach Informationen der französischen Menschenrechtsorganisation „Association Sherpa“ diagnostizierten die Ärzte bei Krebskranken fast durchweg AIDS. Einen Zusammenhang mit dem Uranbergbau leugneten die Ärzte. Die IPPNW fordert daher unabhängige medizinische Studien.

Die Behauptung der deutschen Bundesregierung, Uran werde derzeit überwiegend aus

politisch stabilen Ländern importiert, ist falsch. In ihrer Antwort auf eine Anfrage der Fraktion Die Linken nennt die Bundesregierung für das Jahr 2006 folgende Ursprungsländer: Kanada (28 Prozent), Rußland (21 Prozent), Südafrika (10 Prozent), Australien (10 Prozent), Tschechische Republik (6 Prozent), USA (5 Prozent) und Usbekistan (4 Prozent). Die Arbeitsgruppe Energierohstoffe des Bundeswirtschaftsministeriums gab am 29. März 2006 folgende Zahlen für das Jahr 2004 an: Kanada (28 Prozent), Australien (23,1 Prozent), Kasach-

stan (9,1 Prozent), Niger (8,1 Prozent) und Rußland (7,9 Prozent). Zu den fehlenden 23,8 Prozent wurden erst gar keine Angaben gemacht.

Auch in den sogenannten politisch stabilen Ländern zeigt sich die schmutzige Seite der Atomenergie. In den USA haben die Navajo-Indianer in Colorado das „Komitee für die Opfer der Uranstrahlung“ gegründet und in zähen Gerichtsverfahren Wiedergutmachung für die Opfer erkämpft. Viele Betroffene haben Leukämie, Haut- und Lungenkrebs. In Australien gab es

seit 1981 etwa 150 Dambrisse und Überschwemmungen bei den Uranabbauhalden. Nach offiziellen Angaben sickern täglich rund 100.000 Liter kontaminiertes Wasser aus der Ranger Mine im Northern Territory ins Umland.

Benjamin Paaßen, Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW): „Die Versorgung Deutschlands mit Uran“, Berlin 21.07.2010, www.ippnw.de/com-monFiles/pdfs/Atomenergie/uran_deutschland_2009.pdf ●

Atommüll

Bergleute für Gorleben gesucht

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg fragt das Bundesamt für Strahlenschutz: „Was soll in Gorleben ‚zügig‘ bewegt werden? Salz oder Papier?“

Reviersteiger, Bohrtechniker, Bergmechaniker, Fördermaschinenisten... – die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern (DBE) sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt, „spätestens zum 10.10.2010, zunächst befristet“ neues Personal. Zum Beispiel Reviersteiger für den Grubenbetrieb. Wer sich die Stellenausschreibungstexte unter www.dbe.de anschaut, wird hellhörig: die Reviersteiger Grubenbetrieb werden für die Unterhaltung vorhandener und für das Auffahren „neuer Grubenbaue“ eingestellt. Zur gewünschten Qualifikation gehören „Erfahrung im Bergbau, insbesondere im Streckenvortrieb und in der Unterhaltung von Grubenräumen mit im Kali- und Steinsalzbergbau eingesetzten Großgeräten und Techniken. Erfahrungen bei der Durchführung von Sprengarbeiten und der Besitz einer Sprengberechtigung sind wünschenswert“, heißt es in der Ausschreibung.

Für die Bundesregierung ist das Ziel in Gorleben klar: Ab 1. Oktober 2010 soll die sogenannte untertägige Erkundung „zügig“ wieder aufgenommen werden. Der Antrag des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS), mit dem das Gorleben-Moratorium aufgehoben werden soll, ist bemerkenswert kurz. Auf zwei Seiten wird gefordert, den veralteten Rahmenbetriebsplan aus dem Jahre 1983 fortzuschreiben. Zugleich wird über einen eingereichten Hauptbetriebsplan entschieden, mit dem die weitere untertägige „Erkundung“ und damit Baumaßnahmen ermöglicht werden. Selbst wenn ab dem 1. Oktober 2010 in Gorleben nicht gleich die Baumaschinen anrollen und der Weiterbau nur zögerlich vonstatten gehe, ist damit klar, allein Gorleben soll als nukleares Endlager ausgebaut werden, scheinbarweise, unter dem Etikett „Erkundung“. Wird der Antrag des Bundesamtes für

Strahlenschutz (BfS) beim Niedersächsischen Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) positiv beschieden, wollen die Gorleben-Gegner die wachsende politische Unruhe auf die Straße tragen. „Gorleben gehört auf den Misthaufen der Nukleargeschichte“, heißt es seitens der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) trotzig. Zwar hatte das Bundesumweltministerium (BMU) kürzlich eingeräumt, daß in Gorleben zunächst weniger Salz als Papier bewegt würde: zunächst sollten „Restarbeiten“ im Erkundungsbereich 1 zu Ende geführt werden, um eine vorläufige Sicherheitsanalyse zu fertigen. Dieser Mitteilung begegnen die Gorleben-Gegner mit Argwohn. BfS-Sprecher Florian Emrich präzisiert gegenüber der BI: „Auf der so-

genannten nördlichen Richtstrecke im Erkundungsbereich 1 sind weitere Bohrungen erforderlich. Außerdem wird dort vermutlich ein größerer Querschnitt hergestellt werden, der in den meisten Bereichen des Erkundungsbereichs 1 schon vorhanden ist.“ Angedacht sei auch, daß „von den auf der 840 m-Sohle gelegenen Stollen in einem späteren Schritt weitere Bohrungen in tiefere Schichten vorgenommen werden.“ Emrich räumte ein, daß im beantragten Hauptbetriebsplan, der bis zum 30.09.2012 befristet ist, sehr wohl auch erste Arbeiten für den angrenzenden Erkundungsbereich 3 beantragt sind. Im Unterschied zu den Maßnahmen im ersten Erkundungsbereich 3 aber noch keine konkreten Planungen. **Wolfgang Ehmke ●**

Atommüll

Die Brennstäbe der „Otto Hahn“ sind jetzt in Frankreich

Atommüll-Transporte verlaufen ungesichert

Erst im zweiten Anlauf konnten die alten Brennstäbe des Atomfrachters „Otto Hahn“ ins Kernforschungszentrum

Cadarache in Südfrankreich transportiert werden. Bei einem ersten Transportversuch am 9. Juli 2010 erwies sich